

BESCHLUSS

des Präsidiums der FDP, Berlin, 4. Juli 2005

Das Präsidium der Freien Demokratischen Partei hat auf seiner Sitzung am 4. Juli 2005 einstimmig beschlossen:

Wettbewerb, Mittelstand, Arbeitsplätze

10 Punkte zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft

Die FDP ist die Partei der Sozialen Marktwirtschaft. Rot-Grün steht für eine regulierte, ja strangulierte Staatswirtschaft. Wer dem Staat mehr zutraut als den privaten Kräften der hat die Soziale Marktwirtschaft und wichtige konstituierende Prinzipien wie Privateigentum, Vertragsfreiheit, freie Preisbildung, wirksamer Wettbewerb oder Berechenbarkeit der Wirtschaftspolitik nicht verstanden. Diese Prinzipien helfen vor allem kleinen und mittleren Unternehmen, ihre Qualitäten und Fähigkeiten in den Dienst der Gesamtwirtschaft und der Gesellschaft zu stellen. Die Soziale Marktwirtschaft ist der Rahmen für dynamische, flexible und verantwortungsbewußte Unternehmer. Über 99 Prozent der Unternehmen in Deutschland haben weniger als 500 Beschäftigte und zählen deshalb definitorisch zum Mittelstand. Diese Unternehmen stellen rund 70 Prozent der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze, erwirtschaften rund 50 Prozent aller Umsätze und stellen 83 Prozent aller Ausbildungsplätze zur Verfügung. Eine gute und erfolgreiche Wirtschaftspolitik muß eine Politik für den Mittelstand sein. Das hat die grün-rote Bundesregierung immer vernachlässigt. Statt Ordnungspolitik hat sie Unordnungspolitik betrieben.

Eine Politik,

- die den Staat immer weiter in Wirtschaft und Gesellschaft eindringen lässt, die dem Bürger immer höhere Belastungen mit Steuern und Abgaben aufbürdet, die der Überschuldung des Staates nicht entgegenwirkt, ja sie weiter vorantreibt, und so Zukunftschancen zu Lasten der jungen Generation verbaut,
- die willkürlich und systemlos, interventionistisch, punktuell und kurzatmig in den Wirtschaftsablauf eingreift und so Glaubwürdigkeit, Verlässlichkeit und Konsistenz verliert,
- die nicht die Kraft aufbringt, die grundlegenden Fehlorientierungen der sozialen Sicherungssysteme zu reformieren, sondern sich darauf beschränkt, in den bestehenden Regelwerken Reparaturen vorzunehmen – und dies allzuoft nach planwirtschaftlichen Methoden,
- die Unternehmen, aber auch Verbrauchern mit einem dichten Geflecht von Regeln und Vorschriften die Luft zum Atmen nimmt,
- die den Machtinteressen bestimmter Industrien zu Lasten des Mittelstandes dient und so die Überlegenheit wettbewerblicher Prozesse konterkariert,

hat mit Sozialer Marktwirtschaft nichts zu tun. Eine solche Politik nimmt den Menschen Lebenschancen und raubt ihnen die Freiheit. Sie ist vor allem auch eine Politik gegen den Mittelstand. Sie mündet in eine Vertrauenskrise und beschädigt die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland. Die Politik von Rot-Grün ist so angelegt.

Unsere freiheitliche Wirtschaftsverfassung wurde über die Jahre ausgehöhlt – mit der Folge, daß die Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft und ihre wirtschaftliche Dynamik Schaden nahmen. Zur deutschen Sklerose beigetragen hat der zeitweise immer weiter um sich greifende Korporatismus. Er unterhöhlt die Rechte des Parlaments und beschädigt die Interessen der Bürger. Er hebelt den Wettbewerb aus und stellt die Interessen von organisierten Verbänden, beherrschenden gesellschaftlichen Gruppen, mächtigen Industrien und informellen Beziehungsgeflechten in den Vordergrund. Die früher offene Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland wird verschlossen - Schritt für Schritt und oft kaum merklich, aber nachhaltig. Versagt hat nicht das marktwirtschaftliche System. Versagt hat die Politik. Versagt hat der Staat.

Deutschland war einmal Motor der wirtschaftlichen Entwicklung in Europa und der Welt. Inzwischen sind wir in Europa das Schlußlicht. Unser Wachstumspotential ist soweit abgesunken, daß es nicht mehr ausreicht, die Arbeitslosigkeit nachhaltig abzubauen. Unsozialer kann eine Politik nicht sein. Fatal ist die deutsche Erstarrung vor dem Hintergrund der rasanten europäischen und weltwirtschaftlichen Veränderungen und der demographischen Herausforderungen. Gerade in Zeiten des Umbruchs, der Ungewißheit und der Anpassungsnotwendigkeiten bedarf es eines Wirtschaftssystems, das flexibel auf neue Konstellationen reagiert, das die materiellen Voraussetzungen schafft, den Wandel sozial- und umweltverträglich zu gestalten. Die Soziale Marktwirtschaft ist ein solches System. Es muss nicht neu erfunden und nicht neu etikettiert werden.

Soziale Marktwirtschaft und soziale Gerechtigkeit sind keine Gegensätze. Keine Wirtschaftsordnung erzeugt mehr sozialen Ausgleich als die Soziale Marktwirtschaft:

- Die Soziale Marktwirtschaft ist sozial, weil sie für wirtschaftliche Dynamik und damit für Arbeitsplätze sorgt. Sie versetzt die Menschen in die Lage, sich durch eigene Leistung eine würdige Existenz aufzubauen. Eine solche Sozialpolitik ist gerechter als jede Transferpolitik, ist jeder ABM-Politik, jeder punktuell angelegten Arbeitsmarktpolitik überlegen.
- Die Soziale Marktwirtschaft ist sozial, weil sie das Privateigentum zähmt, weil sie Machtkonzentrationen und damit Ausbeutung entgegenwirkt. Sie hat damit eine sittliche Qualität. Unsittlich dagegen sind Monopole, Kartelle oder die privilegienorientierte Staatswirtschaft.
- Die Soziale Marktwirtschaft ist sozial, weil sie Chancen verteilt und so für leistungsgerechte Entlohnung sorgt, weil sie auch Newcomern die Möglichkeit der Betätigung gibt.
- Die Soziale Marktwirtschaft ist sozial, weil sie strukturelle Anpassungsprozesse in viele tausende Einzelentscheidungen zerlegt und so große Fehlentscheidungen, wie sie in interventionistischen Wirtschaftsformen immer wieder wegen der Verschleppung von Anpassungsprozessen vorkommen, und wirtschaftliche Krisen mit verheerenden Wirkungen auf den Arbeitsmarkt, zwar nicht völlig verhindern kann,

aber doch erheblich einschränkt.

- Die Soziale Marktwirtschaft ist schließlich sozial, weil durch sie die materiellen Voraussetzungen geschaffen werden, denen, die der Unterstützung durch die Gesellschaft bedürfen, mit Maßnahmen der Sozialpolitik unter die Arme zu greifen.

Der soziale Ausgleich ist ein konstitutives Element der Sozialen Marktwirtschaft. Sozialpolitik im marktwirtschaftlichen Verständnis bedeutet aber nicht die Schaffung eines Wohlfahrts- und Versorgungsstaates, der den Menschen ihre Verantwortung nimmt und damit entmündigt. Sie bedeutet nicht den fortschreitenden Ausbau des zweiten Arbeitsmarktes, bedeutet nicht Verhinderung der strukturellen Anpassung durch Subventionen. Sozialpolitik in der Sozialen Marktwirtschaft bedeutet vielmehr Absicherung gegen die großen Lebensrisiken wie Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter, soweit die Menschen nicht in der Lage sind, aus eigener Kraft für die Wechselfälle des Lebens Vorsorge zu treffen. Ein so ausgestaltetes Sozialsystem ist dann nicht mehr Fremdkörper sondern produktiver Faktor in der Sozialen Marktwirtschaft. Die Soziale Marktwirtschaft ist die Wirtschaftsordnung der Zukunft.

Allerdings muss die Sozial Marktwirtschaft endlich erneuert werden. Rot-Grün kann das nicht. Auch deshalb ist diese Regierung gescheitert. Die anstehenden Neuwahlen bieten die Chance für die notwendige Erneuerung. Erneuerung – das heißt: Solidität und Verlässlichkeit, Konsistenz und Kontinuität müssen wieder die Politik prägen, damit Glaubwürdigkeit und Vertrauen, die so wichtig sind für Innovation und Investition, zurück gewonnen werden. Vor allem müssen wir wegkommen von der Beliebigkeit der derzeitigen ad-hoc-Politik und den Interventionen zu Gunsten der Großindustrie. Der Mittelstand ist nicht nur Kern der deutschen Wirtschaft, sondern macht auch die marktwirtschaftliche Qualität aus. Er braucht den Wettbewerb und stellt sich dem Wettbewerb.

Kurzfristige Maßnahmen

Erneuerung braucht ein schlüssiges Konzept. Als kurzfristige Maßnahmen, die ohne Umschichtung oder Kürzung von Haushaltsposten nach der Wahl schnell realisiert werden können, schlagen wir vor:

1. **Betriebliche Bündnisse für Arbeit.** Mit gesetzlichen Öffnungsklauseln wollen wir den Flächentarifvertrag in den Wettbewerb mit betrieblichen Lösungen stellen. Der Flächentarifvertrag nimmt zuwenig Rücksicht auf Betriebsgrößen, regionale Unterschiede oder die Ertragslage einzelner Unternehmen. Wenn 75 % der Belegschaft vom Flächentarif abweichenden Regelungen zustimmen, dann muß das ohne Einspruch von Gewerkschaftszentralen und Arbeitgeberverbänden möglich sein. Wir wollen das Günstigkeitsprinzip des Tarifvertragsgesetzes sowie das Betriebsverfassungsgesetz mit dieser Zielsetzung ändern.
2. **Abbau der überbordenden Bürokratie.** Besonders wichtig ist, daß alle Planungs- und Genehmigungsverfahren auf den Beschleunigungsprüfstand kommen. Konkret wollen wir das von den Grünen gestoppte Planungsbeschleunigungsgesetz (West) so schnell wie möglich auf den Weg bringen. Damit lassen sich vor allem wichtige Infrastrukturprojekte schneller realisieren. Prinzipiell gilt: Aus den Genehmigungsverfahren müssen Anmeldeverfahren werden. Erteilt eine Behörde einem Antrag innerhalb einer gewissen Frist keinen Bescheid, gilt der Antrag als genehmigt. Die Regelungen zum Ladenschluß sollten - wie vom

Bundesverfassungsgericht gefordert - in Länderkompetenz übergehen. Nicht nur wegen der bevorstehenden Fußball-WM kann dies ein wichtiger Impuls für die Besserung des Konsumklimas sein.

3. **Mittelstandsfreundliches Betriebsverfassungsrecht.** Die grün-rote Aktion zur Rettung des schwindenden gewerkschaftlichen Einflusses belastet die Unternehmen in Deutschland zusätzlich mit mindestens 1,3 Milliarden Euro. Vor allem aber für den Mittelstand bedeutet die Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung zusätzliche Bürokratie, zusätzlichen Organisationsaufwand und damit zusätzliche Kosten. Die kleinen und mittleren Unternehmen müssen über die Hälfte der Zusatzkosten schultern, die durch mehr Freistellungen, die Vergrößerungen der Betriebsräte und das vereinfachte Wahlverfahren entstehen. Klare, flexible Entscheidungswege sind die Stärken der Mittelständler. Sie stehen im direkten Kontakt mit ihrer Belegschaft. Die Schwellenwerte für die Einrichtung von Betriebsräten und für die Freistellung wollen wir deshalb ändern. Ein Betriebsrat soll in Betrieben ab 20 Beschäftigten eingerichtet werden, die Freistellung eines Betriebsrats in Betrieben ab 500 Beschäftigten stattfinden.
4. **Runderneuerung der deutschen Unternehmensverfassung.** Die alte Deutschland AG stößt international an ihre Grenzen. Die Europäisierung und Globalisierung erfordert Veränderungen auch bei den großen Konzernen in Deutschland. Die Strukturen müssen flexibler und effizienter werden. Sonst machen Investoren einen Bogen um Deutschland und Entscheidungszentralen der Wirtschaft werden ins Ausland verlagert. Wir wollen die Aufsichtsräte verkleinern, maximal 12 Persönlichkeiten sind genug, die Eigentümer stärken, der Hauptversammlung mehr Rechte geben und die paritätische Mitbestimmung durch Drittelbeteiligung ersetzen. Dabei sollen sich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihre Vertreter in die Aufsichtsgremien selbst auswählen. Sie entscheiden, wer sie vertritt, und niemand anders. Das Gewerkschaftsprivileg aus dem Aktiengesetz, das heute unternehmensfremden Funktionären automatisch mindestens zwei Aufsichtsratsmandate sichert, muß wegfallen.
5. **Mittelstandsfreundliches Kündigungsschutzrecht.** Besonders der Mittelstand leidet in Deutschland unter dem komplizierten Kündigungsschutzgesetz. Bei guter Auftragslage ist der Anreiz für Neueinstellungen gerade in Mittelstandsunternehmen gering, weil sie beim Überschreiten der 10-Mitarbeiter-Schwelle gehäuft Arbeitsprozesse fürchten. Das Kündigungsschutzgesetz schützt diejenigen, die Arbeit haben und macht es denjenigen, die Arbeit suchen, schwerer. Für jede Arbeitnehmerin, für jeden Arbeitnehmer bleibt es auch beim Willkürschutz aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch. Es geht nicht um „hire and fire“, es geht um mehr Chancen für Arbeitslose. Die FDP will, daß das Kündigungsschutzgesetz erst nach vier Jahren Betriebszugehörigkeit für Betriebe ab 50 Mitarbeitern gilt.

Mittel- und langfristige Ziele und Maßnahmen

6. **Senkung der Staatsquote.** Die Rückführung des Staates auf seine Kernaufgaben und Abbau der viel zu hohen Staatsquote von heute 47 Prozent, was ohne durchgreifende und nachhaltige Reformen der Sozial- und Subventionssysteme nicht möglich ist. Das langfristige Ziel bleibt, die Staatsquote auf deutlich unter 40 Prozent zu drücken. Die Rückführung um 10 Prozentpunkte in 10 Jahren ist eine gute Zielgröße.

7. **Konsolidierung der öffentlichen Haushalte.** Die Konsolidierung muß von der Ausgabenseite her vorgenommen werden. Solide Staatsfinanzen sind unabdingbare Voraussetzung für Geldwertstabilität und wirtschaftliches Wachstum. Die FDP hat mit ihrem Liberalen Sparbuch für den Bundeshaushalt 2005 dokumentiert, daß die Rekordneuverschuldung durch nachhaltiges Konsolidieren und Reformieren gestoppt und der Bundeshaushalt sowohl den Vorgaben des Grundgesetzes als auch des Maastricht-Vertrages entsprochen werden kann. Statt die Maastrichtkriterien aufzuweichen will die FDP diese im Grundgesetz festschreiben. Die FDP setzt sich für eine unmittelbare lineare Subventionskürzung von 20 Prozent und in ihrem Subventionsbegrenzungsgesetz für die degressive Ausgestaltung aller finanzrelevanten Beschlüsse ein.
8. **Einfaches und gerechtes Steuersystem mit niedrigen Sätzen.** Unser Ziel für die nächste Legislaturperiode ist ein dreistufiges Steuersystem mit den Sätzen 15, 25 und 35 Prozent. Dazu gehören Freibeträge auch für Kinder in Höhe von 7700 €, eine Zinsabgeltungssteuer sowie eine Unternehmensteuerreform mit dem Wegfall der Gewerbesteuer und einem Höchstsatz von 25 Prozent. Aus ordnungspolitischen und steuersystematischen Gründen streben wir langfristig einen Einstufentarif (Flat Tax) für alle Einkunftsarten an.

Zur Finanzierung benötigen wir keine Anhebung der Mehrwertsteuer oder anderer indirekter Steuern. Die FDP spricht sich gegen eine Anhebung der Mehrwertsteuer aus. Jede Steuererhöhung belastet die Wirtschaft, hemmt das Wachstum und behindert die Schaffung von Arbeitsplätzen. Nur eine Absenkung der Steuerbelastung setzt finanzielle Spielräume frei, so daß wieder investiert werden kann und Arbeitsplätze entstehen.

9. **Liberalisierung der Netzindustrien (Post, Bahn, Energie).** Die organisatorische und eigentumsrechtliche Trennung von Netz und Betrieb der Bahn AG ermöglicht den Wettbewerb auf der Schiene. Das Briefmonopol muß fallen. Es verhindert Wettbewerb, Investitionen bei potentiellen Konkurrenten und hält die Preise für die Kunden künstlich hoch. Neben den staatlich verursachten Zusatzlasten wie Ökosteuern oder sowie die Umlagen aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG-Gesetz) sind die Energiepreise auch wegen des unzureichenden Wettbewerbs zu hoch. Der Monopolisierungsgrad im Energiesektor wirkt offensichtlich preistreibend. Es bleibt abzuwarten, ob das in Kraft getretene Energiewirtschaftsgesetz den Wettbewerb auf den Strom- und Gasmärkten ausreichend gewährleistet. Falls sich herausstellen sollte, daß der Wettbewerb trotz der verbesserten Rahmenbedingungen nicht funktioniert, muß die Möglichkeit einer eigentumsrechtlichen Entflechtung ernsthaft erwogen werden.
10. **Bessere Rahmenbedingungen im deutschen Bankensektor.** Die deutsche Bankenlandschaft steht vor einem Umbruch. Das zeigen nicht zuletzt die Fusionen und Übernahmen bei den privaten Geschäftsbanken. Das Angebot an Finanzierungsmöglichkeiten ist für eine dynamische Volkswirtschaft fundamental wichtig. Besonders Mittelstandsunternehmen haben zunehmend Schwierigkeiten, bei der Kreditbeschaffung. Im Bereich der öffentlichen und genossenschaftlichen Banken steckt für die Zukunft ein riesiges Potential. Um dieses Potential abzurufen, müssen sich die Institute aber weiter modernisieren, kooperieren und zusammengehen. Der politische Einfluß muß reduziert werden. Bei den Landesbanken muß konsequent der Weg der Privatisierung gegangen werden. Dies vergrößert die Chancen des Bankenstandortes Deutschland insgesamt.